

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 32.

Magdeburg, Donnerstag den 8. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 7. Februar 1917.

Die Essensgabe bei der Kriegsküche hat in den letzten Tagen Anlaß zu zahlreichen Beschwerden gegeben. An einigen Ausgabestellen kam die Suppe viel zu spät an, Arbeiter, die an ihre Mittagspause gebunden sind, kamen dadurch in eine üble Lage. Dann ist jetzt allgemein der Andrang sehr groß, beim Abholen der Suppe müssen die Teilnehmer lange warten. Bei dieser Kälte ist dies keineswegs angenehm. Ganz abgesehen davon, daß bei arbeitenden Menschen das Essen zur rechten Zeit auf dem Tische stehen muß und daß sie in der Mittagszeit nicht stundenlang umherstehen können. Von der Suppenausgabestelle in der Arndtstraße wird uns mitgeteilt, daß dort am Dienstag das Essen nicht zureichte. Die Leute, für die es nicht mehr zulangte, waren selbstverständlich nicht in der Lage, sich anderweit etwas zum Mittagessen zu verschaffen, sie mußten also hungrig wieder zur Arbeit gehen. Bezahlt hatten sie aber das Essen schon vor 8 Tagen. Diese Unpünktlichkeiten und Unregelmäßigkeiten sind sehr zu bedauern. Auf die Kriegsküche muß man sich verlassen können, sonst ist ihre Hilfe sehr fragwürdig.

Der Ladenschluß der Gewerbetreibenden. Dem Bundesrat deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Frankungen zu Berlin ist auf eine Eingabe betreffend den 7-Uhr-Ladenschluß von dem Reichsamt des Innern die folgende Bescheid erteilt worden: Der Begriff „offene Verkaufsstellen“ im § 2 der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 betreffend die Ersparenis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln ist im Sinne der Gewerbeordnung (§§ 41a, 41b, 55, 139c, 139e) und der durch diese geschaffenen festen Präzis anzulegen. Der Gewerbebetrieb wird daher von der fraglichen Verordnung auch nur insoweit getroffen, als er unter das Handelsgebot fällt. Gewerbetreibende, wie Friseure, Uhrmacher, Schuhmacher usw., welche in offenen Verkaufsstellen neben dem Handelsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben, können also auch nicht gehindert werden, diesen Betrieb über die Zeit von 7 Uhr, Sonnabends 8 Uhr, hinaus fortzusetzen.

Unterbrechung der Stromlieferung. Der Magistrat schreibt uns: Durch eine Störung in der Kohlenzufuhr für unser Elektrizitätswerk waren wir genötigt, die Stromlieferung für die Stadtteile Sudenburg, Wilhelmstadt und Buckau am 5. d. M. von 4 bis 9 1/2 Uhr abends einzustellen. Die Schwierigkeiten der Kohlenförderung auf unserm Werke haben sich infolge des starken Frostes noch vermehrt, so daß für die nächsten Tage eine Unterbrechung der Stromlieferung für einzelne Stadtteile in den Stunden von 5 bis 8 Uhr nachmittags nicht zu vermeiden sein wird. Wir sind aber mit allen Kräften bemüht, dem Uebelstand abzuhelfen, so daß die Einstellung der Stromlieferung auf das geringste Maß beschränkt wird, und bitten unsere Abnehmer, uns durch möglichste Einschränkung des Stromverbrauchs, besonders durch Nichtbenutzung der Elektromotoren in den Nachmittagsstunden, hierin nach Möglichkeit zu unterstützen.

Die Museen geschlossen. Das Kaiser-Friedrich-Museum und das Museum für Natur- und Heimatkunde sind bis auf weiteres geschlossen.

Watscki gegen den Trinkzwang. Zu der in den deutschen Gastwirtschaften vielfach bestehenden Unsitte des Trinkzwangs, der namentlich in der Feiertagszeit den Verhältnissen nicht entspricht, hat der Präsident des Kreisverordnungsamtes in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen Stellung genommen. Er macht darauf aufmerksam, daß die örtlichen Verwaltungsstellen verbieten können, die Abgabe von Speisen in Gastwirtschaften davon abhängig zu machen, daß der Gast Getränke entnimmt oder den Preis für Speisen zu erhöhen, wenn der Gast Getränke nicht genießt.

Wieder angefundene hat sich die braunleberne Reiterstache, enthaltend ein Sparassendruck der hiesigen Sparkasse mit einer Einlage von 1100 Mark sowie drei Kriegsanleihen (Nr. 780713/14 über je 200 Mark und Nr. 57717 über 500 Mark), die, wie berichtet, am 31. v. M. vor der Gepäckabfertigung des Hauptbahnhofes gestohlen sein sollte.

Elbe-Oder-Donau-Kanalverein. In Dresden fand am Dienstag die Gründung eines Elbe-Oder-Donau-Kanalvereins statt. Es waren vertreten die sächsische Regierung, die Senate von Hamburg und Lübeck und zahlreiche Handelskammern, darunter auch die Magdeburger sowie auch die Vereinigung für den Ausbau des Rhein-Weber-Elbe-Kanals in Magdeburg. Eynobius Dr. Karck legte die Notwendigkeit der Herstellung einer Elbe-Oder-Donau-Verbindung dar und bezeichnete als den besten Weg den über Auisia, Meinitz, Kanalisierte kleine Elbe, Pardubitz nach dem Donau-Oder-Kanal. Dadurch werde auch später der Anschluß nach Krasan und an die Weichsel gewonnen. Die Kosten werden sich auf einige 60 Millionen Mark belaufen. Als einziger Nachteil des Planes wurde hervorgehoben, daß der Bau vollständig auf österreichischem Gebiet erfolgen müsse, das Deutsche Reich müsse aber natürlich einen Beitrag leisten. Nach weiteren kurzen Ausführungen wurde die Gründung des Vereins einstimmig beschlossen und eine Anzahl Herren in den Ausschuß gewählt, darunter aus Magdeburg Geheimrat Kommerzienrat Zuckermert, Bankdirektor Moritz Schulz und Stadtbaurat Geheimrat Baurat Peters. Betreten waren ebenfalls die Handelskammer Halberstadt, der Anhaltische Industrieverein, das Kalligindafin, die Handelskammern Halle, Dessau und Braunschweig, ferner der Magistrat von Aken. An die Gründungsverammlung schloß sich gleich eine Ausschußsitzung an.

Eine Ortsgruppe der „Unabhängigen“. Am 2. Februar wurde im Hotel Wäber für die Ortsgruppe Magdeburg des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden ins Leben gerufen. Den Vorsitz übernahm Geh. Kommerzienrat Zuckermert, zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt Fabrikbesitzer E. Goldmar Bartels und Dr. W. D. Kulenkampff, während des Amt des Kassensührers der Kaufmann Paul Otto Gerke übernahm. Ueber die Ziele des Ausschusses wird gesagt: „Unter Ausschluß aller übernationalistischen Gedanken Förderung und Stützung tatkräftiger Politik, die im Willen des ganzen Volkes ihren Rückhalt findet. Es gilt, den Glauben im Volke zu festigen und jeden einzelnen davon zu überzeugen, daß heute kein Verständigungspunkt mehr am Wege ist, daß unsere Handlungen nicht durch Rücksichten auf fremde Völker, sondern nur durch je-es-Sinnereien auf das, was Deutschland not tut, bestimmt werden dürfen.“ — Professor Schäfer, der Führer der Unabhängigen, hat vor kurzem eine Broschüre veröffentlicht, deren Inhalt wir kurz wiedergeben. Woher die darin skizzierten Auswegspunkte noch die Politik der Magdeburger Ortsgruppe, die keine Rücksichten auf fremde Völker nehmen will, wird „im Willen des ganzen Volkes einen Rückhalt finden“. Die Mehrheit des Volkes denkt anders. Es wäre gut, wenn dies einmal recht deutlich zum Ausdruck kommen könnte.

Gesamtsammlungen des Roten Kreuzes. Zu der am Sonntag den 11. Februar beginnenden Hausammlung werden wir gebeten, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß diese monatlichen Hausammlungen die einzig berechtigten Sammlungen sind, und daß die Verbilligung dringend gebeten wird, nur auf die bekannten grauen Sammelbücher mit dem Roten Kreuz zu zeichnen.

Wegen unentschieden Meinungs standen vor dem Schwurgericht die ledige Babette Hubert und Clara Gieseke von hier. Sie wurden am 25. Oktober 1916 in einem Ermittlungsverfahren gegen die Wirtschaftlerin H. P. wegen Kupfertei vor dem hiesigen Amtsgericht als Zeugen vernommen und machten unwahre Aussagen. Die Verhandlung findet in nichtöffentlicher Sitzung statt. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß verurteilte der Gerichtshof die Angeklagten mit dem zugebilligten Strafmaßungsgrund aus § 158 des Strafgesetzbuchs zu je 4 Monaten 16 Tagen Gefängnis.

Tödlicher Unfall. Auf eine schreckliche Weise kam am Mittwoch vormittag der Arbeiter Friedrich Gehling, wohnhaft Bahnhofstraße 15, bei der Firma August Leis Nachf., Gr. Diesdorfer Str. 86, um sein Leben. Beim Nachsehen eines Manometers kam der Unglückliche der Transmission zu nahe, wurde von irgendeinem hervorbrechenden Gegenstand erfaßt und so oft herumgeschleudert, daß der Armite nur noch als Leiche aus seiner Lage befreit werden konnte. Da in dem Räume, wo sich der Unfall abspielte, zur Zeit keine weitere Person befand, war es nicht möglich, schnelle Hilfe bringen zu können. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Bestattungshaus gebracht.

Gestohlen wurden in den letzten 8 Tagen aus einer Ladenstube am Breiten Weg eine Kanne mit Öl; am 5. d. M. nachmittags aus einem Geschäftszimmer in der Johannisbergstraße 1 Paar Damen-Schuhriemen; in der Nacht zum 6. d. M. aus einem verschlossenen Keller in der Hohelortstraße eingemachte Früchte, Fleisch, Kartoffeln und eine Kohlenkiste; aus einem Schaufenster in der Kronprinzenstraße nach dem Zertrümmern der runden Scheibe mit einem Stein 1 Karton mit Sardellenbutter, einige Flaschen mit dunkler Milch und Dosen mit Fleischextrakt; am 6. d. M. morgens aus einer Wohnung in der Südstraße ein blauer Jacketanzug und 1 Paar Herren-Schuhriemen.

In Haft genommen wurde ein Kinderfräulein von hier, das seiner Herrschaft in Hermsdorf bei Berlin Kleidungsstücke im Werte von 1500 Mark gestohlen hat; der Arbeiter Otto Kuhlmann von hier, der als der Dieb ermittelt ist, der mit noch zwei Genossen Ende Januar aus einem Fabrikraum in der Rogauer Straße zwei Treibriemen und in der Nacht zum 2. d. M. aus einem Fabrikraum in der Kothenseer Straße sieben Treibriemen gestohlen hat. Die Riemen haben sie in Stücke geschnitten und an den Schuhmacher Hermann Kiehnich in Neuhaldensleben für 150 Mark verkauft, wo sie bereits zur Hälfte verarbeitet waren. Der Wert der Treibriemen betrug 800 Mark.

Brände. Am Dienstag abend kurz vor 8 Uhr entstand auf dem Grundstück Große Diesdorfer Straße 19/20 dadurch eine Feuersgefahr, daß in einer Dachkammer des Vordergebäudes auf nicht ermittelte Weise mehrere Kleidungs- und Wäschestücke in Brand gerieten. Am Mittwoch früh gegen 6 1/2 Uhr war auf dem Trockenboden des Vordergebäudes Eichendorferstraße 17 von einem zum Austauen der eingetroffenen Dampfheizung aufgestellten Kesselofen der Fußboden und ein Balken in Brand geraten. In beiden Fällen konnte das Feuer mit dem Keinen Gerät gelöscht werden.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Zugunsten des Kriegsliebesdienstes wird im Zirkus Blumenfeld ein „Jagdgravespiel“, Der Hias, aufgeführt. Die Darsteller sind Offiziere und Mannschaften hiesiger und hantscher Ersatztruppenteile und Damen der Gesellschaft, wie die Inszenierung antindiguen. Der Hias ist schon durch viele Städte Deutschlands gewandert und hat dort seinem wohlthätigen Zwecke gedient. Er wird auch bei uns sicher zu seinem Ziele gelangen, denn das Interesse des Publikums an den Vorgängen an den Fronten ist ein selbstverständliches, das Verlangen nach beweglichen bildnerischen Darstellungen des kriegerischen Lebens ein begreifliches. Der Hias ist der Wirtche eines Offiziers, der sich seinem bei einem Ueberfall gefangenen und verwundeten Leutnant zuliebe freiwillig gefangennehmen läßt, um ihn zu pflegen. Mit Hilfe eines französischen Stubenmädchens gelingt es ihm aber, unbemerkt aus dem Schlosse zu entkommen und zu seinem Truppenheil zurückzukehren. Hier meldet er, daß man seinen Leutnant schmählich behandelt, ihn sogar des Mordes und Diebstahls beschuldigt und er am anderen Morgen dem Urteil eines französischen Kriegsgerichts entgegenstehe. Infolge dieser Nachricht werden die verfügbaren deutschen Truppen zum Handstreich auf das Schloß angeführt, die Einnahme gelingt, die Gerichtsverhandlung wird unterbrochen und die verurteilten Zeugen gegen den Gefangenen freigesetzt. Der sensationelle Inhalt des Stückes wird durch viele scherzhafte Episoden aus dem Soldatenleben weiter belebt, ohne daß die stückliche Handlung wesentlich aufgehalten wird. Man hört kurzweilige Schrammmerlweifenartige Eingeborträge in Coupletform, sieht Jongleurkünste und derbe Schachplattlerlänge. Alle diese Veranstaltungen entbehren nicht des humoristischen Schalles und reichen sich den Leistungen der Hauptdarsteller würdig an. Die Regie hat es verstanden, Szenen zu guten schauspielerischen Leistungen zu bringen, die auch in den Massenjahren sehr geschätzt wurden. Der Besuch liegt bei der Erstaufführung am Dienstag freilich zu wünschen übrig. Es darf aber wohl angenommen werden, daß er sich trotz der großen Kälte bei den kommenden Vorstellungen wesentlich hebt.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Donnerstag Auf. 7 Uhr „Fahrende Musikanten“ Freitag zum erstenmal „Don Juan's letztes Abenteuer“, Anfang 7 Uhr. Sonnabend Anfang 7 Uhr zum zweitenmal „Cajus, der Rebhühner“.

Operntheater. Eintrittskarten sind jetzt für acht Vorstellungen im voraus erhältlich, heute Donnerstag also bis einsch. Mittwoch nächster Woche. Café Hohenzollern, Brunnenal. Marionetten-Theater deutscher Künstler. Heute 8 Uhr abends große Vorstellung. Siehe Inserat.

Kleine Chronik.

Gertrud Kupfer aus der Welt entlassen.

Zur Straffache der Frau Kupfer ist zu melden, daß gestern der Untersuchungsrichter die Haftentlassung der Tochter Gertrud Kupfer angeordnet hat, weil die bisherigen Ermittlungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß das 22-jährige Mädchen an den Straftaten der Mutter sich beteiligt oder auch nur Kenntnis von ihnen gehabt hat.

Von der Shackleton-Expedition.

Aus Neuseeland wird berichtet, daß sieben der zehn Mitglieder der Kook-See-Abteilung der Shackleton-Expedition, die seit dem 6. Mai 1915 von ihrem Schiffe durch Eis getrennt waren, gerettet worden sind.

Eine Handvoll Erde.

Roman von Clara Wiebig.

(9. Fortsetzung.)

Rachernat verboten

Artur hatte die Sache in die Hand genommen gehabt. Er allein hatte bisher sich draußen umgesehen und auch den Platz ausgekundschaftet. Ein Bekannter von ihm, ein gewisser Bernhard, der öfters im Café Amor saß, hatte ihn darauf aufmerksam gemacht. Der hatte gesprochen: „Was, Ihre Frau möchte draußen was haben? Nu, recht hat se. Kommt ja sonst gar nicht raus, nich' ne Viertelstunde!“ Und er war mit Artur losgefahren vom Stettiner Bahnhof. In Hohenfelde hatten sie erst einmal im Restaurant an der Bahnhofsecke verchiedene Weizen und verchiedene Schnäpse getrunken, und dann hatte Bernhard den Rest überall herumgeführt.

„Schöne Gegend, aufstrebende Gegend, idyllische Lage, greifartige Verbindung!“ In der Stadt arbeiten, auf dem Lande wohnen, das war das einzig Wahre. Und wenn's zum Kaufen denn noch nicht langte, dann wenigstens vorverhandelt sich was packen. Aber schnell, die Preise stiegen mit jedem Tage. Wochentags in der Stadt arbeiten, Sonntags sich draußen erholen, das war das Wahre, das einzig Richtige!

Bernhard hatte zuletzt den bereits Todmüden, der gar keine Lust hatte, noch weiter in Sand und Staub herumzuwippen, zwischen Chaussee und Bahndamm hingeführt, wo ein guter Bekannter von ihm Land zu verpachten hatte. Es ging alles so schnell, Artur wußte selber nicht wie; schon morgen sollte ihm der Kontrakt zugeschickt werden.

Am Dämmern waren sie denn nach der Stadt zurück-

gefahren; Reichte wie im Traume. Nur das war ihm klar: Mine würde sich freuen, seine gute Mite!

Es war ziemlich weit. Sie gingen nun schon eine halbe Stunde, seitdem sie ausgeflogen waren. Artur mußte sich verlaufen haben. Es kam ihm selber so vor, er war doch damals mit Bernhard viel näher gegangen. „Aber wenn Du den Weg erst'n paarmal gemacht hast, denn kommt er Dir wie gar nicht mehr vor.“ sagte er zu seiner Frau. Und übrigens, 'ne Haltestelle von der Bahn kommt, diejen Sommer noch, dichte bei uns hin. „Alles bereits vorgegeben.“ jagt Bernhard.

Mine eilte, sie war Mann und Tochter immer voraus, sie war zu neugierig. Von Häusern war rings nichts mehr zu erblicken, kein Schornstein, kein Dach; auch kein Wald, den sah man nur von fern. Eine lichte Reihe Birken stand im Sande, darunter wateten sie.

Frieda blieb ab und zu stehen, zog ihre Schuhe aus und schüttelte den Sand heraus; ihre Augen blickten unglücklich; wo führte der Vater sie nur hin?

Artur machte sich selber Mut: nur ein paar Schritte noch! Da, links hinein, und dann durch die Kuffeln!

Durch das niedrige Gestrüpp verkommener Kiefern stapften sie, durch die Wacholderbüschchen, durch die gelben Kappensbüschchen und die blauen Sandnelken. Dürre Blumen, wie sie wachsen an dürrem Strand. Frieda fing an einen Strauß zu pflücken — es waren doch Blumen! — aber es war ihr etwas häßlich dabei ums Herz, und müde war sie auch. Der Sand, der Sand, wenn nur der leidige Sand nicht wäre!

„Siehste,“ sagte Artur aufatmend, „endlich! Du findst das!“ Er legte seiner Frau die Hände hinter die Schul-

tern und schob die Stehengeliebene so vor sich her: „So, da hast du, was Du Dir immer gewünscht hast, Mite!“

Sie standen auf einer Halde, auf Land, das nicht ganz Erde mehr war, aber auch noch nicht Feld. Es stieg ein wenig an und stieg dann wieder hinunter zum Pechpflü. Unweit lagen zwei Bretterboden; bei jeder ein Stück Land, das Garten sein sollte. Es war heiß, die Sonne brannte ungehindert. Ein vollständig nackter Junge paddelte am Pflü in einem halberpunkenen Nachen, und ein ebenso nacktes Mädchen stand dabei und sah ihm zu.

Mine stolperte über die Wurzeln eines halbausgetrockneten Seidekrautstrunks, dann sank sie in ein tiefes Sandloch.

„Man muß aufpassen, wo man geht,“ sagte Artur. Das war ihm Sonntag vor acht Tagen, als er das erste mal hier war, gar nicht so aufgefallen. Aber freilich, die Weibskente mit ihren langen Röcken! Eine verfluchte Wärme heute und so stocktrocken! Er blieb stehen und wachte sich den Schweiß ab.

„Mutter, soll nicht,“ sagte Frieda. Aber Mine hatte sich von der noch ihr fassenden Hand der Tochter losgemacht und trabte über die Halde, als wäre sie auf einer Spur.

Da hatte ja der Laubenbesitzer rechts sich Kartoffeln gefegt! Mine hatte ein kleines Feldchen von Grün mit dem eigentümlich nahrhaften Geruch des Kartoffelkrautes entdeckt. Und auch Blüten waren da, blaßlila-rötliche Blüten.

„Se blühn!“ Mine war voller Bewunderung. So lange, so lange hatte sie nicht Kartoffeln mehr wachsen und blühen sehen. Sie lehnte an der Einzäunung. Und lobtete sie auch gut? Sie reichte den Hals über den Zaun, (Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 7. Februar. (Infolge Kohlenmangels) mußte der Betrieb der Schulfabrik von Tag u. Vie. einige Tage ruhen.

(Ablieferung von Kartoffeln.) Der Magistrat hat folgende Bekanntmachung erlassen: In Burg besteht Kartoffelknappheit.

Der Magistrat hat folgende Bekanntmachung erlassen: In Burg besteht Kartoffelknappheit. Zur Hebung derselben wird deshalb folgendes angeordnet: Diejenigen Haushaltungsvorstände, die sich auf Grund eines von uns ausgestellten Kartoffelbezugscheins mit Kartoffeln eingebekkt haben, haben die unten verzeichneten Mengen von ihren Kartoffelvorräten an uns abzuliefern.

Seerhagen, 7. Februar. (Ein geschlachtetes Schwein gefohlen.) In der Nacht vom Sonntag zum Sonntag haben Diebe aus dem Keller des Bauwirts Kiesel hier fast die gesamten Fleisch- und Würstwaren eines kürzlich geschlachteten Schweines gefohlen.

Wahlkreis Wolmirstedt-Renhardtsleben.

Renhardtsleben, 7. Februar. (Dörngemüse.) In der Molkfabrik werden gegenwärtig 25.000 Zentner Koblrüben in Dörngemüse verwanandelt.

Ummendorf, 7. Februar. (Große Diebstähle.) In der letzten Zeit wurden in der Umgegend zahlreiche Diebstähle angeführt. Die Diebe hatten es hauptsächlich auf Geflügel und Schwaren abgesehen.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 7. Februar. (Die Lebensmittelmarken Nummer 12) verfällt mit Ablauf des 10. Februar.

(Ehmarken) werden an die Schulkinder der Volksschule 2 täglich von 10 Uhr ab im Rektorzimmer abgegeben.

(Städtische Kriegsküche.) Der Umsatz der Kartoffelmarken und die Abgabe der Kartoffeln findet in Zukunft nur nachmittags von 2 bis 6 Uhr in der Küche, II. d. Schulen 13, statt.

(Ehmarken-Preis.) Am Donnerstag findet der Verkauf von Fleisch für die Nummern 2561-3100 und am Sonnabend von 3101-3250 statt.

(Neue Höchstpreise für Schweine, Kalb- und Hammelfleisch.) Der Höchstpreis beträgt für frisches reines Schweinefleisch, Rindfleisch, Schinken, Lader 2 Mark; Schweinefleisch, Kochfleisch 1,50 Mark, geschlachtet reines Schweinefleisch 2 Mark; Kalbfleisch, Kochfleisch 1,50 Mark, Bratenfleisch: Seule, Rücken 2,10 Mark; Hammelfleisch: Kochfleisch 2,40 Mark, Bratenfleisch: Seule, Rücken 2,60 Mark.

Wahlkreis Halle-Mühlhausen.

Mühlhausen, 7. Februar. (Ueberrächtige Preissteigerung) Frische den Kaufmann Karl G. mit dem Straßengisch in Mühlhausen. Er hatte beim Verkauf von Schweinefleisch 50 Prozent Gewinn gehabt.

worden. Steigende hatte er Einspruch erhoben, wobei die Strafe auf 3 Mark festgesetzt wurde.

(Zur Beachtung.) Die landwirtschaftliche Arbeiterin Frau L. und Frau Meta M. hatten sich gegen den Körperbefehl vom 3. Juli 1915 vergangen.

Quedlinburg, 7. Februar. (Wegen Kohlenmangels) sind die mittleren und Volksschulen bis Sonnabend geschlossen, ebenso die Fortbildungs- und die Kunstgewerbliche Zeichenschule.

(Weizengrieh) kommt auf Grund der Kundenliste in dieser Woche zur Verteilung, und zwar auf Warenmarkte 6 je ein viertel Pfund.

(Badeanstalt) Wegen Kohlenmangels ist die Badeanstalt nur freitags und Sonnabends geöffnet.

Schönebeck, 7. Februar. (Die Ausgabe der Kartoffel- und Seifenkarten) findet für die Nummern des Lebensmittelkarten-Kauscheins 1-1800 am Donnerstag, 1800 bis 3600 am Freitag, 3600 bis Schluß am Sonnabend im Rathaus, Zimmer 21, statt.

(Die Meldekasse des vaterländischen Hilfsdienstes) ist im Rathaus, Zimmer 17. Zunächst sollen sich Freiwillige melden.

(Die Schulen) sind wegen Kohlenmangels geschlossen. Das Gymnasium zunächst bis zum 12., die Volksschulen bis zum 15. Februar. Man will dadurch die Kohlen für die ärmere Bevölkerung freibleiben lassen.

(Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder) für die Gebirgs-Kinderheimat in Bad Elmen sind noch zu erfolgen. Impf- und Laufscheine ist vorzulegen.

(Eine Kartellierung) findet am Sonntag im „Bürgerhaus“ in den oberen Räumen statt.

(Freiwilligen) der Frieda-Siegel-Stiftung in der Kaiserin-Augusta-Kinderheimat in Bad Elmen sind noch zu werden. Anträge sind bis zum 25. Februar unter Vorlegung einer kurzen ärztlichen Bescheinigung beim Magistrat einzu-reichen.

Thale, 7. Februar. (Eine Schwindlerin.) Einen schamhaften Handel mit Del betrieb seit Mitte Januar die Ehefrau Olejnickel. Anfänglich verkaufte sie das Liter Del mit 10 Mark, während sie selber dafür angeblich 16 Mark gezahlt hatte.

Wahlkreis Stendal-Oberburg.

Stendal, 7. Februar. (Hansschlachtungen) von Schweinen mit einem Gewicht unter 150 Pfund werden im Stadtkreis Stendal nicht genehmigt.

(Gewerbliche Fortbildungsschule.) Der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule fällt diese Woche wegen Kohlenmangels aus.

(Zeugungszulagen.) Die Stadtoberordneten bewilligen den hiesigen Beamten und Lehrern Zeugungszulagen sowie für die hiesigen Angestellten und Arbeiter eine einmalige Beihilfe.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 7. Februar. (Vorfälle in der Markt.) Durch Wanderarbeiter sind die schwarzen Boden Brenntisch nach einigen Orten verschleppt worden.

Althe, 7. Februar. (Ein Kind verbrannt.) 3jährige Mädchen des Ehepaars Landmann machte sich Abwesenheit der Mutter am Feuer zu schaffen und verbrannte darauf, daß es an den erlittenen Brandwunden verschied.

Bereins-Kalender.

Arb.-Turnerbund, 2. Kreis, 2. Bezirk. Bezirksturntag den 11. d. M., nachmittags 1 Uhr, bei Fleming, St.-Michael-Str.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Pardubitz, Branau), date (Feb. 6, 7), and water level (+ or -). Includes a note: + bedeutet über, - unter Null.

In Dresden, Torgau, Wittenberg, Hroskau, Men, Warby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge und Bergen starkes Treibeis. In Pögn, Boizenburg bis Dömitz Eisland.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 8. Februar: Nebliches trübes Frostwetter wesentliche Niederschläge.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 6. Februar. Todesfälle: Witwe Friede Schell geb. Warkwirth, 85 J., 6 M., 12 T. Erben: Anna C. Lange, ledig, 85 J., 4 M., 9 T. Marie Heinrich, ledig, 74 J., 18 T.

Endenburg, 5. Februar. Todesfälle: Dittke geb. E. Ehefrau des Schuhmachers (Soldat) Walter Kindt, 39 J., 25 T. S. des Gildendobnerarbeiters (Soldat) Alwin Meyer, 2 J., 7 M., 2 T.

Buckau, 6. Februar. Todesfälle: Gustav, S. des Schmieds Franz Wittwitt, 7 M., 23 T. Elli, T. des Buchb. Bernhard Richter, 10 T. Tischler Ernst Häger, 73 J., 5 M., 2 T.

Aus meiner Kriegszeit Gedichte von Karl Bröger Buchhandlung Volksstimme

Arbeitsmarkt Kräftige Sackträger E. C. Helle, Zuckerraffinerie

Zentrifugen-Arbeiter E. C. Helle, Zuckerraffinerie

1 Sortenwagenarbeiter od. Zehnerleiter Traugott Lau

Formerlehrlinge C. Becker & E. Ehrenbrecht Eisengießerei

Granatenhüpper, Fertigdrehler, Zentriermühlendrehler, Nodendrehler und Maschinenarbeiter Ergon

Heizer Vereinsbrauerei

Heizer Zentrifugen-Arbeiter

Arbeiterinnen E. C. Helle

Waschfrauen Ang. Leis Nachfg.

Berkaufserin und Lehrfräulein Ernst Lösche

Sortierinnen St.-Michael-Str. 20a

Aufwartung!

Singerer Ruffächer

Tischlerlehrling

Kümmelgewürz

Getragene

Sorge für Erwachsene von 45 Mark

Partieposten Anzüge Paletots u. Mäntel

Sieverlings Etagegeschäft

Rich. Göthlings Sargmagazin

Andreas Bode

Aufwartung!

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Witzmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 418.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 9 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Subskriptionsgebühr: die Tagesposten 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk. Postcheckkonto: Nr. 5258 Berlin. — Gewerger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 32.

Magdeburg, Donnerstag den 8. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Erzene Forderungen.

Ein bekannter alldeutsch-imperialistischer Wirtschaftspolitiker hat unlängst in einer großen nationalliberalen Zeitung erklärt, auf das Wort „Annexion“ könne man verzichten, indem man statt dessen von „Eingemeindung“ spreche. Und dann versichert der Mann: „Das Erzgebiet von Briey und das Revier der bituminösen Kohle sind für Deutschland Lebensbedürfnis.“ Dies Thema wird im gleichen Sinne in jüngster Zeit sehr lebhaft in Broschüren, Zeitungen und Versammlungen bürgerlicherseits erörtert. Es ist darum notwendig, die Angelegenheit auch von einem andern Standpunkt aus zu betrachten, zumal wir leicht die Erfahrung machen können, daß die große Mehrzahl der Leute, die beeinflusst von der durch die „sechs Wirtschaftsverbände“ im Frühjahr 1915 öffentlich eingeleiteten „Eingemeindungs-Agitation“ das „Lebensbedürfnis Deutschlands“ an westeuropäischen Erz- und Kohlenrevieren bejahen, sich über die einschlägigen Industrie- und Handelsfragen kaum oberflächlich auskennt. Diese Leute fallen einem annexionsistischen Schlagwort zum Opfer, ohne sich der Tragweite dessen, was sie gutgläubig beiführen, bewußt zu sein.

Wenn die „Eingemeindung“ des Erzbedens von Longwy-Briey und der nordfranzösisch-belgischen Kohlenbeden ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ wäre, so ist doch daraus logisch zu folgern, daß „Deutschland“ der Besitzer der betreffenden Gruben und Hüttenwerke werden muß, also das Deutsche Reich den Betrieb jener industriellen Anlagen sowie den Vertrieb ihrer Erzeugnisse in seine Hände übernimmt. Es kann doch nicht als eine „Entschädigung“ für die vom deutschen Volke gebrachten schweren Blutopfer betrachtet werden, wenn die blutgetränkten, Kohlen- und erzführenden Grenzgebiete

einer Gruppe privattapitalistischer Unternehmer

zur Ausbeutung überliefert würden!

Aber man wird in der alldeutschen „Eingemeindungs“-Agitation vergeblich nach dem Versprechen suchen, in den zu annexierenden Grenzgebieten ein bergbau- und hüttenindustrielles Reichsmonopol zu etablieren! Vielmehr sind gerade die aggressivsten „Eingemeindungs“-Agitatoren auch zugleich die heftigsten Gegner der Bergbauverstaatlichung bzw. von industriellen Reichsmonopolen. Unter der Hand dieser alldeutsch-imperialistischen „Eingemeinde“-Politiker verweist sich das „Lebensbedürfnis Deutschlands“ flugs um in das Ausdehnungsbedürfnis der privattapitalistisch-industriellen Großindustrie. Schreibt doch z. B. Bertold Rothmann, Direktor der Oberschlesischen Stahlwerksgesellschaft, in der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ rundheraus, „sollte Belgien auf Grund der Friedensverhandlungen von uns wieder geräumt werden“ so werde doch „der Abzug der belgischen Kohle und des belgischen Eisens ins Ausland nur im Einvernehmen mit den deutschen industriellen Verbänden (!) . . . erfolgen dürfen!“

Das westdeutsche Kohlenyndikat und der deutsche Stahlwerkerverband sollen mithin auch die Kontrolle über die belgische Montanindustrie bekommen. Wäre das ein Kriegsziel, dessen Verwirklichung unser Volk für die verhofften ungeheuren Ströme deutschen Blutes „entschädigt“? Wären dann „die Opfer nicht umsonst gebracht“, wenn sich die ohnehin schon große wirtschaftspolitische Macht der

yndizierten, trustartigen Nischenunternehmungen

in der Bergwerks- und Hüttenindustrie noch gewaltig verstärkte durch die „Eingemeindungen“? Die Frage sei namentlich an die Zeitungsredaktionen gerichtet, die häufig in ihrem Handelsteil die gemeingefährliche Entwicklung der Montantruste schildern, im politischen Teile jedoch jetzt für die „Eingemeindungs“-Politiker wirken.

Kann aber den außerdem nachgewiesen werden, daß Deutschland seinen Eigenbedarf an Kohle, Erzen, Eisen und Stahl nicht decken kann ohne „Eingemeindung“ des französischen Minetteerzreviers und der nordfranzösisch-belgischen Kohlenbeden? Wenn das nachgewiesen werden könnte, dann würde das angebene „Lebensbedürfnis Deutschlands“ unfruchtbar sein und es könnte sich dann nur noch

darum handeln, ob jene „Eingemeindung“ vom deutschen Standpunkt aus volkswirtschaftlich und weltpolitisch gutzuheißen wäre.

Ein Blick auf unsere Produktions- und Handelsstatistik zeigt uns, daß, gemeinwirtschaftlich gesprochen, ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ für jene „Eingemeindungen“ nicht vorliegt. Wir litten vor dem Kriege weder unter einem Mangel an Kohle und Koks, noch unter einem Mangel an Erzen, Eisen und Stahl. Vielmehr wurde bei uns ein solcher

Kohlenüberschuß gefördert,

daß von 1900 bis inkl. 1913 unsere Steinkohlenausfuhr von 15,24 auf 34,59 Millionen Tonnen stieg; unsere Koks- ausfuhr nahm gleichzeitig von 2,22 auf 6,43 Millionen Tonnen zu. Dieser gewaltigen Ausfuhrsteigerung stand 1913 eine Kohleneinfuhr von 10,5 (davon 9,2 allein aus England) und nur eine Koks-einfuhr von rund 0,6 Millionen Tonnen gegenüber. Wir hatten mithin einen riesigen Ausfuhrüberschuß; und gerade die Wirtschaftsgebiete, deren Kohlenbezirke angeblich ein Lebensbedürfnis Deutschlands sein sollen, Frankreich und Belgien, waren nach Oesterreich-Ungarn unsere größten Kohlen- und Koksabnehmer geworden! Unsere Kohlen- und Koks-einfuhr nach Belgien und Frankreich waren zeitweilig so massenhaft, geschah noch dazu zu so relativ niedrigen Preisen — unter den deutschen Inlandspreisen —, daß die Vertreter der belgischen und französischen Bergarbeiter im Internationalen Bergarbeiterkomitee uns wiederholt dringend ersuchten, doch dieser

billigen Massenausfuhr entgegenzutreten,

weil sie in Belgien und Frankreich Veranlassung zur Erniedrigung der Bergarbeiterlöhne gabel! Obgleich unsere Kohlen- und Koks-einfuhr so forciert wurde, genigte doch das noch nicht, um die Leistungsfähigkeit unserer Bergwerke voll auszunutzen zu können. Die Zechenyndikate ordneten noch zeitweilig 10 bis 20 Prozent Einschränkungen der Kohlenförderung an, und von der Syndikatsbeteiligungsziffer in rheinisch-westfälischen Koks konnte das Syndikat kurz vor dem Kriege nur 50 Prozent abnehmen! Wer diese Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt, kann vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus unmöglich zugeben, daß die „Eingemeindung“ nordfranzösischer und belgischer Kohlenbeden ein Lebensbedürfnis Deutschlands sei.

Unter Verbrauch an Eisenerzen konnte allerdings vor dem Kriege nicht mehr völlig im Inland gefördert werden. Von den etwa 42 Millionen Tonnen Eisenerzen, die 1913 von der deutschen Hüttenindustrie verbraucht worden sind, kamen etwa 11 Millionen Tonnen aus dem Ausland. Unsere Gesamteinfuhr betrug rund 14 Millionen Tonnen, wovon aber nur 3,8 aus Frankreich (hauptsächlich ostfranzösische Minette), dagegen rund 8½ Millionen Tonnen aus Skandinavien und Spanien kamen. Andererseits wurden 2,6 Millionen Tonnen im deutschen Zollinland gewonnene Eisenerze (wohl fast nur lothringisch-luxemburgische Minette)

nach Belgien und Frankreich ausgeführt!

Gewiß fehlte es uns an Inlandserzen, aber nicht an den in Lothringen, Luxemburg und Longwy-Briey gewonnenen phosphorhaltigen Thomaserzen, sondern, wie sich heute bereits herausstellt, es fehlt uns an den viel hochwertigeren Eisenerzen, die in Skandinavien, Spanien und Südrussland gefördert werden!

Es mangelt uns an manganhaltigen Erzen für Qualitätsstahlbereitung, weil uns unsere Bezugsländer Rußland, Indien und Spanien jetzt verschlossen sind. Es fehlt uns auch an Kupfer- und zinnehaltigen Erzen, aber weder die Gewinnungsgebiete dieser Mineralien (Iranien, Südamerika usw.), noch die skandinavischen, spanischen und russischen Erzgebiete können wir durch „Eingemeindungen“ uns einverleiben. Die obersteleische Hochöfenindustrie hat so gut wie gar keine französischen Erze verbraucht — 1913 nur 2733 Tonnen bei einem Gesamtverbrauch von 1,14 Millionen Tonnen —, sie konnte sich immer noch vorteilhafter aus Skandinavien, Siegen-Rassau, Oesterreich-Ungarn und Rußland versorgen, weil die relativ ge-

ringhaltige Minette (durchschnittlich nur 30 bis 33 Prozent Eisen) den weiten Bahntransport nicht vertragen kann. Daran würde auch durch die „Eingemeindung“ von Longwy-Briey gar nichts geändert.

Unsere westdeutschen Großhütten haben die

Einfuhr von Qualitätserzen

— die nicht im Becken Longwy-Briey vorkommen! — in den letzten Jahren vor dem Kriege so forciert, daß darüber einheimische Erzgebiete schwer ins Gedränge gekommen sind. In einer Denkschrift (1909) siegen-nassauischer Erzgebieteninteressenten wurde von der Regierung schon eine Erziehung der Erz-einfuhr durch Einfuhrzölle verlangt und erklärt: „Als die Hauptursache der jetzigen trotzlosen Lage untes Erzbergbaues muß die Konkurrenz der aus dem Ausland in riesigen Mengen eingeführten Eisenerze bezeichnet werden!“

Also, weit davon entfernt, daß unsere Hütten am Erz-mangel litten, war die Erz-einfuhr aus dem Ausland so massenhaft, daß selbst ein inländisches Industriegebiet mit so hochwertigen Erzlagern wie Siegen-Rassau deswegen seinen Ruin befürchten mußte!

Unsere Einfuhr an Roheisen, Halbzeug, Eisenwaren und Maschinen ging nach der „Gesamtdarstellung“ des Deutschen Eisen- und Stahlindustrievereins (9. Ausgabe, 1915) von 1909 bis inkl. 1915 von 1,583 auf 0,706 Millionen Tonnen zurück, dagegen stieg unsere Ausfuhr an diesen Waren gleichzeitig von 1,78 auf 7,09 Millionen Tonnen! Im Jahre 1913 wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung schon 268,52 Kilo Eisen erzeugt und 155,54 Kilo verbraucht. Unsere Eisenerzeugung

überstieg um halb 40 Prozent den Eisenverbrauch!

Wer will angesichts dieser Tatsache behaupten, die „Eingemeindung“ neuer Eisenerzgebiete sei ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“. Sie entspricht dem ungeheuren Ausdehnungsdrang der relativ wenigen trustartigen indizierten Privatwerke, die schon vor dem Krieg etwa 65 Prozent der gesamten deutschen Eisen- und Stahl-erzeugung kontrollierten und deren anhaltende Fusionierungs- oder Vertrauenspolitik von den immerhin noch zahlreicheren kleinen und mittlern Unternehmern mit Bangen verfolgt wurde.

Die deutsche Roheisenerzeugung betrug 1913 rund 19 Millionen Tonnen. Geseht den Fall, wir hätten gar keine Erze aus Frankreich bekommen, so hätte das einer Mindererzeugung von nur einer Million Tonnen Eisen entsprochen. Auch dann wäre unsere

Eisenerzeugung noch weit über den Eigenbedarf

hinausgegangen, wir konnten immer noch zirka 6 Mill. Tonnen ausführen. Damit standen wir immer noch weit an erster Stelle mit der Eisenerzeugung in Europa.

Ist also aus unserer Produktions- und Handelsstatistik kein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ nach der „Eingemeindung“ der fraglichen Kohlen- und Erzgebiete nachweislich, so muß man erst recht warnend fragen, wie sich die allseitig als selbstverständlich bezeichnete Wiedereinführung unserer nationalen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft nach solcher „Eingemeindung“ vollziehen soll! Es genügt nicht, zu produzieren, man muß auch Verbraucher haben. Und gerade wenn man den schon zitierten Artikel in der „Wirtschaftszeitung“ mit seinem besorgten Ausblick auf die drohende amerikanische Konkurrenz auf dem europäischen Markte nachdenklich liest, kann man allen Deutschen nur dringend raten, keiner „Eingemeindungs“-Politik das Wort zu reden, die verhindern würde, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei. Dieses Bekenntnis für einen ehrenhaften, dauernden Frieden steht in der deutschen Note an die Neutralen. Wir kämpfen einmütig für die territoriale Unverletzlichkeit, die politische Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, „uns treibt keine Eroberungspolitik“. Nur dieses Bewußtsein befähigt das deutsche Volk, die unerhörten Opfer dieses fürchterlichsten aller Kriege zu ertragen.

Otto Gure

geben, daß sein Staatskörper von den alles unterwerfenden bedürftigen Chinesen zerlegt würde. So ziehe die gelbe Menschheit ihren Nutzen aus dem die Völker des Westens schwächenden Krieg. —

Anerkennung deutscher Friedensarbeit.

Das Organ der französischen Parteiminderheit, „Le Populaire du Centre“ (Richtung Longuet-Pressemane), schreibt in seiner Nummer vom 22. Januar unter der Überschrift „Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie“ das Folgende:

Was auch unsere Mehrheitsleute sagen mögen, so wird doch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Friedensfrage mit jedem Tage klarer und in zunehmender Uebereinstimmung mit den Grundthesen des internationalen Sozialismus. Es ist wahr, daß die „Humanité“ das einzige große Pariser Blatt ist, das keine Auszüge aus dem Berliner „Vorwärts“ bringt, wie dies der „Matin“ und der „Petit Parisien“ täglich tun.

„Le Populaire du Centre“ bringt dann eine Reihe von Auszügen aus dem „Vorwärts“, die von der großen bürgerlichen Presse Frankreichs veröffentlicht worden sind, von der „Humanité“ aber nicht! Zum Schluß bringt er in Fettdruck jene Stelle aus dem „Vorwärts“, in der gesagt war, es sei sicher, daß kein deutscher Sozialdemokrat wieder für Kriegskredite gestimmt haben würde, wenn die deutsche Regierung ein Friedensangebot abgelehnt hätte, wie dies die Verbandsmächte gegenüber dem deutschen Friedensangebot gemacht haben.

Die deutsche Sozialdemokratie ist das einzige Glied der Internationale, das für den Frieden wirklich etwas getan hat. Wenn ihr die Frucht, die sie schon berührte, wieder entglitt, so liegt das an Umständen, an denen sie keine Schuld trägt. Hätte es im Dezember 1916 im Ausland starke sozialistische Parteien gegeben, die sich mit der deutschen Sozialdemokratie zu verständnisvoller Arbeit für den Frieden vereinigt hätten, es wäre alles gewonnen gewesen! Aber die französischen Sozialisten durften gar nicht erfahren, wie die deutschen Sozialdemokraten für den Frieden arbeiteten! Dafür sorgte die „Humanité“.

Nur keine Wahlrechtsreform!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für zweckmäßig, in einem längeren Artikel auf die Wahlrechtsvor schläge einzugehen, die Professor Meinede in den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ gemacht hat. Er will sich bekanntlich mit einem Pluralwahlrecht begnügen, das den Kriegsteilnehmern, den kinderreichen Vätern, den Besitzern von Grund und Boden usw. besondere Rechte einräumen will. Mit einem solchen Wahlrecht erklärt sich die „Deutsche Tageszeitung“ unter Umständen einverstanden, doch sie hält den Zeitpunkt für dessen Einführung noch nicht gekommen. Dann tritt das Agrarierorgan in längeren Ausführungen der Ansicht Meinedes entgegen, die Reform des jetzigen Klassenwahlrechts werde den monarchischen Gedanken fördern. Schließlich leistet sich das Blatt folgende Abfertigung Meinedes:

Wenn ferner Professor Meinede eine preussische Wahlreform als die erste und dringende Friedensaufgabe bezeichnet, so ist ihm auf das entschiedenste zu widersprechen: ungezählte Aufgaben werden auch nach dem Friedensschluß weit dringlicher sein als eine solche Verfassungsfrage. Wir glauben, der ganzen Mehrheit des deutschen Volkes, gleichviel, wie es zum preussischen Wahlrecht steht, wird die Frage, wie wir aus den Ermahnungen der Kriegszeit wieder zu normalen Zuständen kommen, und wie wir die schwersten Wunden heilen, die der Krieg geschlagen hat, weit mehr am Herzen liegen als irgendeine Wahlrechtsfrage.

Wenn Professor Meinede aber gar meint, die Regierung könne getroßt auch schon während des Krieges eine Veränderung des preussischen Wahlrechts wagen, so fehlt uns offenbar das Verständnis für einen solchen Standpunkt. Ein Mann der Wissenschaft sollte doch am allerwenigsten der Meinung Vorkurs leisten, daß so weitreichende Veränderungen im rechtlichen Aufbau des Staatskörpers, wie er sie anregt, in einer Zeit durchgeführt werden könnten, wo alle Kräfte, des ganze Volkes, Mühen und Treiben des gesamten Volkes ganz ändern und ernstlichen Lebensfragen geföhrt.

Aber abgesehen davon, sollte schon der Gedanke an das ungeheure Unrecht, das man mit einer solchen Verfassungsänderung während der Kriegszeit an den preussischen Staatsbürgern begehen würde, die in Kampf und Not vor dem Feinde stehen, eine solche Anregung völlig unmöglich machen. Glaubten wir so weitgehende Veränderungen in unserm staatlichen Baubetriebe zu sollen, wie Professor Meinede sie für nötig hält, dann hätten doch wohl diejenigen, die mit ihren Leiden und Kämpfen diesen Staat vor der Vernichtung bewahren, den ersten Anspruch darauf, bei solchen Veränderungen selber mitzuwirken.

Durch diese Auslassung befundet die „Deutsche Tageszeitung“ wiederum ihren tiefsten Absichten dagegen, daß das ungeheure Unrecht, das dem preussischen Volke bisher angetan worden ist, aus der Welt geschwafft wird. Die preussische Wahlrechtsreform muß kommen und kann schon während des Krieges kommen, wenn der gute Wille da ist. —

Bestandsaufnahme der Kartoffeln.

Vom Kriegsernährungsamt wird mitgeteilt, daß der Reichslangler eine Aufnahme der Vorräte an Kartoffeln für den 1. März angeordnet hat.

Die Vorratsüberhebung ist eine allgemeine und erstreckt sich sowohl auf die auf dem Lande bei den Erzeugern und in den Städten bei den Verbrauchern befindlichen Kartoffelvorräte. Die Vorratsüberhebung ist als Unterlage für die in der Frage der Kartoffelversorgung zu treffenden Entscheidungen unerlässlich. In unmittelbarem Anschluß an die Bestandsaufnahme findet eine Abschätzung der angezeigten Mengen innerhals der Kommunalverbände durch beauftragte Sachverständige statt. Diese Nachprüfung wird in ähnlicher Weise vorgenommen werden, wie sie im Anschluß an die Bestandsaufnahmen für Getreide angeordnet ist. Zur Erreichung eines zuverlässigen Ergebnisses wird der Schwerpunkt der Kartoffelbestandsüberhebung in diese, unmittelbar an die Erhebung sich anschließende Nachprüfung zu legen sein. Die Vertrauensmänner und örtlichen Kommissarien,

welche bei der Nachprüfung der Getreidebestandsüberhebung mitzuwirken haben, werden daher auch für die Nachprüfung der vom einzelnen angezeigten Kartoffelmengen in umfangreicher Weise herangezogen werden.

Es ist Pflicht jedes einzelnen, die von ihm erforderlichen Anzeigen über die Kartoffelvorräte mit größter Gewissenhaftigkeit zu erstatten. —

Notizen.

Die bayerischen Malzverfälschungen. Wegen der großen bayerischen Malzverfälschungen beginnen jetzt die Verhaftungen. Nachdem in der vorigen Woche in Bamberg und Schweinfurt bereits Agenten und Mälzer festgenommen worden sind, wurden jetzt zwei der größten und angesehensten fränkischen Malzfabrikanten, die Kommerzienräte Wehermann aus Bamberg und Georg aus Schweinfurt, in Untersuchung gezogen. Während ersterer durch ein umfassendes Geständnis seiner Verhaftung vorbeugte, ist Kommerzienrat Georg vom Schweinfurter Untersuchungsrichter nach mehrstündigem Verhör in Haft gehalten worden. Die Verhaftung erregte das größte Aufsehen. Die „Münchener Post“ hat bekanntlich inzwischen die ersten 47 Namen von Malzverfälschern bekannt gemacht, die bis jetzt rund 850 000 Mark ungedeckte Gewinne zurückbezahlt haben, darunter 100 000 Mark von Wehermann und 50 000 Mark von Georg. Im ganzen sind 12 bis 15 Millionen Mark solcher Rückzahlungen zu erwarten. Außerdem stehen etwa 1000 Verhaftungen von Landwirten, Mälzern, Bierbrauern und andern Beteiligten an diesen Durchforschungen bevor. So Frachtfuhrer vorliegt, wie Verhörenden von Malz in Möbelwagen, betreibt die Eisenbahnerverwaltung das Frachtfuhrerverfahren und die Verhaftung der Schulbligen. So berichten bürgerliche Blätter. Tatsache ist, daß die „Münchener Post“ kürzlich den Brief eines Münchner Spektators veröffentlichte, der vor längerer Zeit bereits die Eisenbahnbeförderung auf das Malz im Möbelwagen aufmerksam machte, aber gar keine Antwort erhalten hatte. —

Des Staatsbürgerrechts verlustig. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht eine weitere Liste der fahnenflüchtigen Eschlag-Lotharinger, die der eschlag-Lothringischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden. Ihre Zahl beläuft sich jetzt insgesamt auf 1016. —

Thüringisches Ernährungsamt. Ein Ernährungsamt der thüringischen Bundesstaaten wurde mit dem Sitz in Weimar gegründet. Es besteht aus einem Ausschuss der acht Staaten, in dem unter dem Vorsitz von Sachsen-Weimar jeder der beteiligten Staaten eine Stimme führt, und einem Vorstand. In dem Ernährungsamt werden zugleich die bisherigen kriegswirtschaftlichen Organisationen zusammengefaßt, die dem Amte gegenüber die Stellung von Abteilungen erhalten. Es sind dies der Viehhändlerverband Thüringens, die thüringische Landeskartoffelstelle, das thüringische Landesfuttersammelamt und die neu geschaffene Landesfleischstelle. —

Deutsche Kohlen für Holland. Der Gauger „Nieuwe Courant“ meldet: In Holland hat die Notung, daß Deutschland von jetzt ab monatlich 320 000 Tonnen Kohlen nach Holland liefern will, große Genugtuung hervorgerufen. Man hofft, mit dem Transport schon in den nächsten Tagen beginnen zu können. Die Regierung hat mit größter Energie alle Maßnahmen getroffen, um die Kohleneinfuhr zu erleichtern. —

Rationierung des Heizmaterials in Württemberg. Nach ausgegriffen hat das württembergische Ministerium des Innern, um bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien eine katastrophale Entwicklung zu verhindern. Es hat verfügt, daß bis zum 10. Februar einschließlich für die Zwecke einer Haushaltung nicht mehr als insgesamt ein halber Zentner Brennholz oder 3 Zentner sonstige feste Brennstoffe (Kohlen, Holz, Bricketts) abgenommen werden dürfen. Die Verkäufer dürfen keine höheren Preise fordern, als wie sie am 20. Januar an ihrem Wohnort oder in ihrem Geschäftsbetrieb nachweislich üblich waren. Für die Zeit nach dem 10. Februar haben die Oberämter und das Stadtdirektoratamt Stuttgart Vorarbeiten darüber zu erledigen, welche Sachmengen von Brennmaterial abzugeben werden dürfen. Die Abgabe und der Bezug von Brennstoffen ist dabei von Bezugsscheinen abhängig zu machen, die von den Gemeindeführern auszustellen sind. —

Keine privaten Einschreibeposten mehr. Durch Einschränkung der Zahl der Einschreibeposten durch zunehmenden Mangel an geschultem Personal, an Geldmitteln und Antriebskräften sinken sich die während des Krieges schon bestehenden Schwierigkeiten im Postbetrieb von Tag zu Tag. Sie werden in empfindlicher Weise vermehrt durch die ungeheure wachsende Zahl der meist lebensmittel enthaltenden Privat-Einschreibeposten. Die besondere Behandlung solcher Sendungen erfordert Aufwendungen an Personal, Verordnungsmaßnahmen und Zeit, die bei dem engeren Personalverhältnis, namentlich unter der Last der gegenwärtigen Witterungsverhältnisse, nicht geleistet werden können, ohne die ordnungsmäßige Abwicklung des übrigen Postverkehrs in hohem Grade zu gefährden. Die Postverwaltung sieht sich daher gezwungen, vom 7. Februar an die Einschreibung bei Privatpaketen bis auf weiteres auszuschließen. —

Maßnahmen zur Kohlenrationierung im Königreich Sachsen. Zur Erhaltung von Brennstoff und Vermeidung von Verschwendung ist die sächsische Regierung angeordnet, daß von heute an bis auf weiteres alle Theater und Lichtspielhäuser, sämtliche Säle und Räume, in denen Versammlungen, Vorträge, musikalische Darbietungen und sonstige Veranstaltungen stattfinden, im ganzen Lande zu schließen sind. Von gleichen Tage an wird die Polizeistunde auf 10 Uhr abends festgesetzt. Ausnahmen sind unzulässig. —

Die 10-Uhr-Polizeistunde für ganz Bayern. Das stellvertretende Generalkommando des 1. Armee-Korps hat für Bayern (mit Ausnahme der Stadt München) folgende Anordnungen zur Einschränkung von Brenn- und Heizungsstoffen erlassen: Gast-, Schenck- und Speisewirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaufführungen stattfinden, sowie Vergnügungssätten aller Art sind um 10 Uhr zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Spiele und Tanz veranstaltet werden. In Gast-, Schenck- und Speisewirtschaften, Kaffeehäusern, Vereinen und Gesellschaftsräumen dürfen die Gäste nur in einem Hauptsaal besetzt werden. Alle Nebenräume (Nebenzimmer, Frühstückszimmer, Les- und Schreibzimmer, Speisezimmer, Regalbahnen usw.) sind bis auf weiteres geschlossen zu halten. —

Katowizk in russischer Gewalt. Bei dem allgemeinen Streik, der in Galizien als Protest gegen das Eingreifen Rumaniens in den Krieg proklamiert worden war, wurde der Führer der rumänischen Sozialistenpartei, Katowizk, verhaftet. Seit dieser Zeit war er spurlos verschwunden. Es gelang ihm nun, ein Schreiben nach Galizien durchzuschmuggeln, in dem er die Mitteilung macht, daß er nach der Räumung von Lutsk von den Russen zuerst nach Wadui gerückt und dort interniert wurde. Jetzt befindet er sich in Jassy in höherem Gewahrsam. Katowizk teilt weiter mit, daß ihn die russischen Behörden mit „Verbannung nach Sibirien“ bedrohen. —

Brostoffredung. In der neuesten Nummer des Reichs-Gesetzblattes ist eine Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts erschienen, nach der zur Streckung bei der Bereitung von Roggenbrot auch Mähen, mit Ausnahme von Zuckerrüben, verwendet werden dürfen. Die so zugelassenen Mähen, insbesondere Kohls- und Fuherrüben sollen sich nach einer offiziellen Mitteilung in jeder Form, roh, gekocht, getrocknet oder gemahlen, zur Streckung des Roggenbrots eignen, falls der Zusatz bei Trockenrüben 10, bei frischen Mähen, die gepreßt worden sind, 60 auf 100 Gewichtsteile beträgt. Für die Selbstversorger auf dem Lande und für die Bewohner der kleineren Städte wird die Streckung des Brotes mit Mähen in jeder Form als eine wertvolle Unterstützung der Brotversorgung angesehen. Zu beachten sei aber bei dieser Streckung mit Mähen, daß, falls nicht volle 10 vom Hundert Gewichtsteile Mähen auf die Trockenrübenstreckung berechnet, dem Brote zugesetzt werden, die an 10 Prozent fehlenden Streckungsmittel durch andres im § 5 der Brotverordnung genannte Brotstreckungsmittel ersetzt werden müssen. Die früher allgemein übliche Brostoffredung mit Kartoffeln hat bereits seit einiger Zeit fast ganz unterbleiben müssen, weil bei der allgemeinen Knappheit an Kartoffeln in den Erntungsanstalten Kartoffelflocken nicht mehr hergestellt werden können. An Stelle der bisher gelieferten Kartoffelflocken hat die Reichsgesetzstelle an die Kommunalverbände als Streckungsmittel insbesondere Gerstenmehl und Weizenschrot zur Verfügung gestellt. Dasselbe wird auch nach dem Erlaß der oben erwähnten neuen Verordnung weiter gegeben, so daß hierdurch tatsächlich im allgemeinen, jedenfalls aber in den großen Städten, eine Aenderung in der Brotbereitung nicht eintreten wird. —

Vom Schleichhandel. Die Fälle von Schleichhandel mit Nahrungsmitteln mehrten sich in der letzten Zeit von Tag zu Tag. Am Montag gelang es in Berlin wieder, zwei Männer, die einen umfangreichen Schleichhandel mit Mehl betrieben haben, zu verhaften. Im Westen der Stadt war Polizeibeamten eine Fuhrer mit Mehl aufgesessen. Sie hielten den Fuhrer an und stellten fest, daß er noch vier Sack Mehl zu je 100 Kilogramm und 1 Zentner Erbsen geladen hatte. Bei der Vernehmung des Fuhrers bestätigte sich der Verdacht der Beamten. Er gab an, daß die Ladung ursprünglich größer gewesen sei und daß er bereits einen Teil bei Privatleuten abgesetzt habe. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Fuhrer die Fuhrer im Auftrag zweier Herren besorgte. Beide wohnen in einem Berliner Pensionat, kauften Mehl, Erbsen, Grieß, Reis und andre Lebensmittel auf und veräußerten sie unter der Hand zu hohen Preisen an Privatleute. Als Abnehmer wurden mehrere Privatleute aus dem Westen, darunter ein Bankier, ermittelt. Bei dem Bankier wurden zwei Sack Mehl und große Mengen von Grieß und Erbsen beschlagnahmt. Die Schleichhändler wurden festgenommen. —

Vorfälle im Westen und Osten.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 7. Februar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nur in wenigen Abschnitten erhob sich letzte Nacht unangenehme Sicht die Gefechtsstätigkeit über das gewöhnliche Maß.

Südwestlich von Senneheim griff vermittags eine französische Kompanie nach starkem Feuer an; sie wurde abgewiesen und ließ mehrere Gefangene in unserer Hand.

Bei erfolgreichen Erkundungsvorstößen nahe der Sasse, heiderseits der Acre, an der Nordfront von Serbun und am Farrowswalde (Lothringen) wurden 60 Gefangene gemacht, drei Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

An der Seresina drangen Stoßtrupps in die feindlichen Linien und schritten nach Zerschlagung von Unterständen mit zwei russischen Offizieren, 50 Mann und neun Minenwerfern zurück.

Auch an der Rehn Kowel-Luzk hatte ein Vorstoß von Sturmtrupps vollen Erfolg. Dort wurden 18 Gefangene und ein Minenwerfer aus den russischen Gräben geholt.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Nordöstlich von Kirilbabs schloß der Angriff von zwei feindlichen Kompanien.

Seeeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Längs Putna und Sereth nahm zeitweilig das Artilleriefeuer zu. Mehrfach kam es zu Vorstoßgefechten.

Mazedonische Front:

Im Gernabogen und auf beiden Sacharschern einzelne starke Feuerwellen bei sonst geringer Gefechtsstätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Der deutsche Botschafter reißt ab.

W. L. B. London, 6. Februar. Reuters erzählt, daß Graf Bernstorff und das Personal der Botschaft sowie alle deutschen Konsule in den Vereinigten Staaten New York am Montag verlassen werden. Sie werden über Danemark reisen. —

Verseht.

W. L. B. Bern, 6. Februar. Die französische Presse meldet, daß die englischen Dampfer „Solway“ und „Prince“ verseht wurden. —

Sonntag, 11. Februar 1917
beginnt die
monatliche Hausammlung.

